

EINTRETEN FÜR DIE

#TARIFWENDE

DGB

MAIzeitung 2024

**MEHR
LOHN
FREIZEIT
SICHERHEIT
1. MAI 2024**

**1. Mai
2024**



*Gewerkschaftliche Infos aus
Lüneburger Heide & Wendland*

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND - NORDOSTNIEDERSACHSEN.DGB.DE

Gemeinsam für die Zukunft

Der Kampf um Tarifbindung und eine lebenswerte Region

Ein gutes Leben zwischen Hamburg und Hannover, dafür kämpfen wir in den Betrieben der Region und ganz aktuell bei ELMESS.

Unermüdlich sind die Kolleginnen und Kollegen bei ELMESS damit beschäftigt Innovation über gute Arbeitsbedingungen statt Lohnpreisdumping durchzusetzen. Tariflos Löhne und Gehälter drücken - das kann sich keine Region mehr auf Dauer leisten. In Uelzen machen die Kolleg*innen und Kollegen bei ELMESS den Anfang. Angeführt von einem entschlossenen Aktivenkreis setzen sie sich für faire Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und angemessene Entlohnung ein.



Foto: IG Metall

27 stündiger Warnstreik bei ELMESS mit Kundgebung auf dem Herzogenplatz. Solidarität vom Bürgermeister, SKF Lüchow, MUSASHI Lüchow, Froneri, Nordzucker, Uelzena und Sternpartner.



Foto: IG Metall

Jürgen Roglin, DGB Kreisverband Uelzen
Lennard Aldag, IG Metall Celle-Lüneburg

Es geht nicht nur um Löhne und Arbeitszeiten. Es geht um die Würde der Arbeit, um Respekt und Anerkennung. Wir gestalten eine Zukunft, in der Fortschritt nicht zu Lasten derer geht, die ihn ermöglichen.

Tarifbindung ist der Schlüssel zu fairen Arbeitsbedingungen und einer lebenswerten Region. Deshalb nehmen wir den schwedischen NIBE-Konzern in die Pflicht. Während er in seinem Werk Tarifverträge zahlt, ist er dazu in Uelzen nicht bereit.

Die Auseinandersetzungen bei ELMESS zeigen: Die Beschäftigten sind bereit, für ihre Rechte zu kämpfen. Vom ersten Warnstreik bis zum 27-Stunden-Ausstand war jeder Schritt ein Zeichen der Entschlossenheit. Diese Streiks beweisen: Nur gemeinsam ist Druck und echte Veränderungen möglich. Aber sie zeigen auch: die Konflikte um Gerechtigkeit werden härter und brauchen die wilde Entschlossenheit einer Belegschaft die sagt: BASTA!
Florian Rebstock/IG Metall

**Wir stehen zusammen,
TARIFWENDE hier und überall!!**

**EINTRETEN FÜR DIE
#TARIFWENDE**

Öffentliche Aufträge im Landkreis Lüchow-Dannenberg nur nachhaltig und mit Tarif!

**EINTRETEN FÜR DIE
#TARIFWENDE**

2021 wurden 2,8 Mill. öffentliche Aufträge von nds. Kommunen vergeben. Auch bei uns im Landkreis sind öffentliche Aufträge ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Solche Aufträge sollten nur an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif zahlen. Damit wird Tarifdumping vermieden und gute Löhne stärken die lokale Wirtschaftskraft. Nachhaltiges Wirtschaften muss Teil der Ausschreibung sein. Umweltbezogene und soziale Gesichtspunkte sind zu berücksichtigen. Betriebe, die ausbilden und Arbeitsintegration einhalten, sind zu bevorzugen. Die Auswahl klimafreundlicher und fair gehandelter Produkte muss Bestandteil einer Ausschreibung sein. Mittelständische, lokale Betriebe sind zu beteiligen.

Weshalb ist dies nach wie vor nicht selbstverständlich bei der Vergabe hiesiger kommunaler Aufträge?

Das nds. Tariftreugesetz ist veraltet. Nur für den öffentlichen Personenverkehr sind Tarifverträge vorgeschrieben. Und selbst diese Vorschrift wird im hiesigen Landkreis verletzt. Wie kann es sein, dass Verkehrsdienstleistungen, z.B. der On-Demand-Verkehr, an Irro, einen örtlichen Betrieb ohne Tarifbindung, vergeben wird?

- Ausdrücklich gilt: das wirtschaftlichste Angebot nicht das billigste muss genommen werden. Umweltbezogene und soziale Kriterien könnten daher schon jetzt in den Ausschreibungen aufgeführt werden. Das kompliziert aber die Vergabe.
- Der Landkreis und die hiesigen Kommunen leiden unter extremen Sparzwängen.

Jede zusätzliche Vorgabe verteuert die Aufträge, belastet die Kommunen. Deswegen bleiben z.B. bei der Schul- oder Kindergartenverpflegung oft biologische und regionale Produkten unberücksichtigt.

- Es gibt zu viele Vorschriften auf EU-, Bundes- und Landesebene. Dazu kommen Sonderregelungen bei Bauleistungen, öffentlicher Nahverkehr, etc. Einfache Vergaben sind viel rascher erstellt, abgearbeitet und weniger anfechtbar.

Was sind unsere Forderungen für die hiesigen Kommunen?

- Umwelt und soziale Kriterien in die Ausschreibung aufnehmen!
- Entsprechende Vorgaben müssen von Kreistags- und (Samt)Gemeinderatsmitgliedern bei Ausschreibungen eingefordert werden! Die Auftragsvergabe muss besser kontrolliert werden!
- Keine Vergabe von Verkehrsdienstleistungen mehr an Betriebe ohne Tarifvertrag!

Und was sind unsere Forderungen an Land & Bund?

- Novellierung des nds. Tariftreugesetzes und alle öffentlichen Vergaben nur an tarifgebundene Betriebe!
- Bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen!

Gerhard Rechel





Unser Engagement gegen Rechts ist gefordert



Foto: Jürgen Ehlemndt

Die Heide ist bunt. Und die Menschen, die hier leben stehen mehrheitlich für Solidarität und Vielfalt. Das haben sie in den vergangenen Wochen bewiesen.

Nicht nur, dass in Eschede seit vielen Jahren Proteste gegen die NPD (seit 2023 "Die Heimat") organisiert werden. Noch weiter zurück geht der Kampf gegen Rechts in die 1970'er Jahre. Als erster großer Erfolg gegen nationalistische Zentren in der Heide wurde Hetendorf 13 1998 geschlossen. Immer wieder versuchen Rechte Gruppierungen im „ruhigen Hinterland“ Fuß zu fassen und ihre Ideologieschmieden zu betreiben, sich weiter zu vernetzen und den Einfluss auf die Menschen vor Ort auszubauen. Der Kampf gegen den Nazihof in Eschede dauert weiterhin an, denn der Hof ist seit einigen Jahren in Besitz der Partei Die Heimat. Durch die gute Arbeit verschiedener Netzwerke ist es möglich den Protest weiterhin aufrecht zu halten.

Die AfD verfolgt anscheinend ebenfalls das Ziel, sich in bekannter und ruhiger Umgebung sesshaft zu machen. Ist die Partei in der Vergangenheit immer wieder in der Lage gewesen im Landkreis Celle Orte zu finden, um ihre menschenverachtenden Deportationsgedanken zu schmieden, haben die letzten Enthüllungen etwas erreicht. Die Recherchen von CORRECTIV e.V. haben vielen die Augen geöffnet. Antifaschist*innen sagen bereits seit vielen Jahren, dass die AfD nicht nur menschenverachtend und verfassungsfeindlich ist, sondern alte Bestrebungen einer „deutschen Gesellschaft“ wieder das Wort reden. Und gemeint ist hier, dass Menschen, die aus politischen, religiösen oder anderer Gründe unerwünscht sind, aus dem Land vertrieben werden sollen.

Allein 4500 Menschen bei Anti-AfD-Protesten am 20. Januar in Celle

Die Menschen sind wütend und besorgt zugleich. Sie wollen die demokratischen Werte, die Menschenwürde, Vielfalt in der Gesellschaft, geschlechtliche Freiheit sowie das Vertrauen in Wissenschaft und Medien beschützen und wahren. „Wir wollen eine Gesellschaft, in der unsere Kinder, Familien und Kolleg*innen freiheitlich leben und aufwachsen können. In die Zukunft gerichtet mit Ideen für ein gemeinsames Miteinander, auch morgen!“ heißt es im Aufruf zu den Protesten in Unterlüß am 20. April.

Zusammen mit vielen sagen wir:

„Die AfD hat im freiheitlich demokratischen Deutschland keine Existenzberechtigung! Es ist unsere demokratische Pflicht, der menschenfeindlichen Propaganda der AfD entschieden entgegen zu treten.“

Dirk Garvels/ DGB

www.solidarisches-celle.de

www.netzwerk-suedheide-gegen-rechtsextremismus.de

Am 9. Juni 2024 ist Europawahl

Was hat Europa mit Dir zu tun?

**GUTE
ARBEIT?
BESSER MIT
EUROPA.**

Wir EU-Bürger*innen können uns in Europa frei bewegen, in anderen EU-Ländern leben, arbeiten, studieren und reisen.

Aber Europa kümmert sich nicht nur um die Reisefreiheit oder die gemeinsame Währung – Europa erlässt Regeln und Gesetze, die uns ganz konkret im Arbeitsalltag betreffen und über die Zukunft der Betriebe bestimmen. Europa regelt zum Beispiel den Arbeitsschutz, Sozialversicherungsfragen und stellt Geld für den digitalen und ökologischen Umbau der Wirtschaft zur Verfügung.

Das macht Sinn: da Unternehmen sich frei im europäischen Markt bewegen können, hat dies Auswirkungen auf die Beschäftigten, ihre Arbeitnehmerrechte und die Sicherung ihrer Arbeitsplätze. Ein europäischer Arbeitsmarkt braucht daher auch europäische Regeln zum Schutz der Beschäftigten.

Sind wir mit allen europäischen Entwicklungen einverstanden?

Nein. Denn Rechte von Arbeitnehmer*innen werden auch oft geschwächt und soziale Standards werden unterlaufen. EU-Sparauflagen verhindern noch viel zu oft Investitionen zur Sicherung von Beschäftigung.

Auch in der Migrationspolitik legt die EU keine nachhaltigen und menschenwürdigen Konzepte vor.



Meistens scheitern die Verbesserungen für Beschäftigte übrigens nicht am EU-Parlament, sondern an den Regierungen der EU-Staaten, die zusammen mit dem Parlament die EU-Gesetze verabschieden.

Globalisierung, Klimawandel und Digitalisierung stoppen nicht an Staatsgrenzen. Unsere Ziele – Wohlstand für alle, gerechte Vermögensverteilung, klimaneutraler Umbau,



starke Arbeitnehmerrechte – erreichen wir nur, wenn die EU-Staaten an einem Strang ziehen. Und nur so können wir mit globalen Weltmächten wie den USA oder China mithalten.

Arbeits- und Lebensverhältnisse gestalten

Mit deiner Stimme entscheidest du, welche politischen Kräfte im Europaparlament künftig bestimmen – auch über dein Leben und deinen Arbeitsplatz!

AM 09. JUNI EUROPA WÄHLEN

Mehr: DGB.DE/EUROPAWAHL





Gesundheit ist keine Ware!

Stress, Klinik-Schließungen, Betten- und Personalabbau sind Ergebnis der vor 20 Jahren von der Bundespolitik eingeführten Fallpauschalen-Abrechnung von Klinikleistungen. Es geht nicht darum, was PatientInnen brauchen, sondern um Kostensenkung. Immer mehr versorgungsrelevanten Kliniken droht die Pleite. 50 km Fahrt zur Notfallversorgung ist lebensgefährlich.

Die Klinik-Marktwirtschaft bringt Gewinner, Verlierer und Tote. Profit machen jene (meist Privatkliniken), die möglichst viele PatientInnen mit möglichst teuren Diagnosen operieren und behandeln.

Verlierer sind Kliniken mit breiter Versorgung. Gewinner ist, wer besonders stark am Personal spart und ganze Arbeitsbereiche in Billiglohngesellschaften ausgliedert.

Von 1997 bis 2007 bauten Kliniken über 50.000 Stellen in der Pflege ab. Zunehmender Stress bei hoher Verantwortung führt dazu, dass viele den Beruf verlassen. Gegen Versorgungsmängel, schlechte Arbeitsbedingungen und Patientenversorgung unter kommerziellen Vorgaben wehren sich Verbände des Gesundheitswesens und unsere KollegInnen auch selbst.

Sie brauchen weiter gewerkschaftliche Unterstützung.

ver.di fordert:

**Kostendeckende
Klinikfinanzierung
+ Mindestpersonalbemessung.
Applaus reicht uns nicht aus!**

Dr. E-G Mörsel, H-D Charly Braun





Fachkräftepotential Migration

Verborgene Schätze heben!

Foto: DGB/Colourbox.com



Keine Arbeitnehmer zweiter Klasse

Eine gezielte Erwerbsmigration kann helfen, Fachkräfteengpässe zu lindern, darf aber keine Einwanderung in prekäre Arbeit, Ausbeutung und Lohndumping sein. Tarifliche Arbeitsbedingungen als Leitplanken sind daher unerlässlich für eine erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe.

Vorhandene Potentiale nutzen

Vor allem muss es aber darum gehen, die bereits eingewanderten Menschen besser in das Arbeitsleben zu integrieren. Die Arbeitslosenquote von Beschäftigten mit Migrationsgeschichte liegt in Niedersachsen mehr als dreimal so hoch wie in der Gesamtwirtschaft. Im letzten Jahrzehnt hat es diesbezüglich keine Verbesserung gegeben.

Diese Entwicklung ist zum Teil erklärbar durch die Fluchtbewegungen aus Syrien und der Ukraine. Dennoch ist es ein bedenkliches Zeichen, wenn der Fachkräftebedarf überall beklagt wird, aber die Arbeitsmarktintegration auf der Stelle tritt.

Oft nur Helferjobs für Migrant*innen

Dazu kommt noch: Neben der mangelnden Erwerbsbeteiligung arbeiten Migrant*innen häufig in Jobs mit einem niedrigen Qualifikationsniveau. Fast die Hälfte aller weiblichen Beschäftigten aus dem Ausland üben in Niedersachsen nur Helferinnen-tätigkeiten aus. Fachkräfte, Expertinnen und Spezialistinnen sind sehr stark unterrepräsentiert. Etwas besser sieht es bei den Männern aus.

Hürden überwinden helfen

Diese Probleme sind oft hausgemacht. Neben manchen Sprachhürden sorgen vor allem zähe Anerkennungsverfahren von bereits vorhandenen Qualifikationen dafür, dass es für viele Menschen mit Migrationsgeschichte schwierig und unattraktiv ist, sich diese bestätigen zu lassen oder neue Kompetenzen zu erwerben. So bleiben Potenziale ungenutzt und Partizipationschancen werden verbaut.

Eine gute Integrationspolitik, die Fachkräfte gewinnen will, muss daher eine flächendeckende Finanzierung von Berufsanerkennungsberatungsstellen inklusive der Abschaffung der Gebühren für das Anerkennungsverfahren ebenso sicherstellen wie eine Verbesserung der Qualität von Deutsch- und Integrationskursen. Mehr finanzielle Mittel für die Migrationsberatung helfen Integration dauerhaft zu sichern.

Und etwas mehr Willkommenskultur würde auch nicht schaden.

Matthias Richter-Steinke/DGB

Netzwerk Migantinnen und Arbeitsmarkt Niedersachsen:

facebook.com/NeMiA.Niedersachsen

Start  Guides

Praktische Hilfen: Projekt StartGuide www.aul-nds.de

WIR FAHREN ZUSAMMEN

ÖPNV für alle und gute Arbeit für die Beschäftigten

So können wir **GEWINNEN**

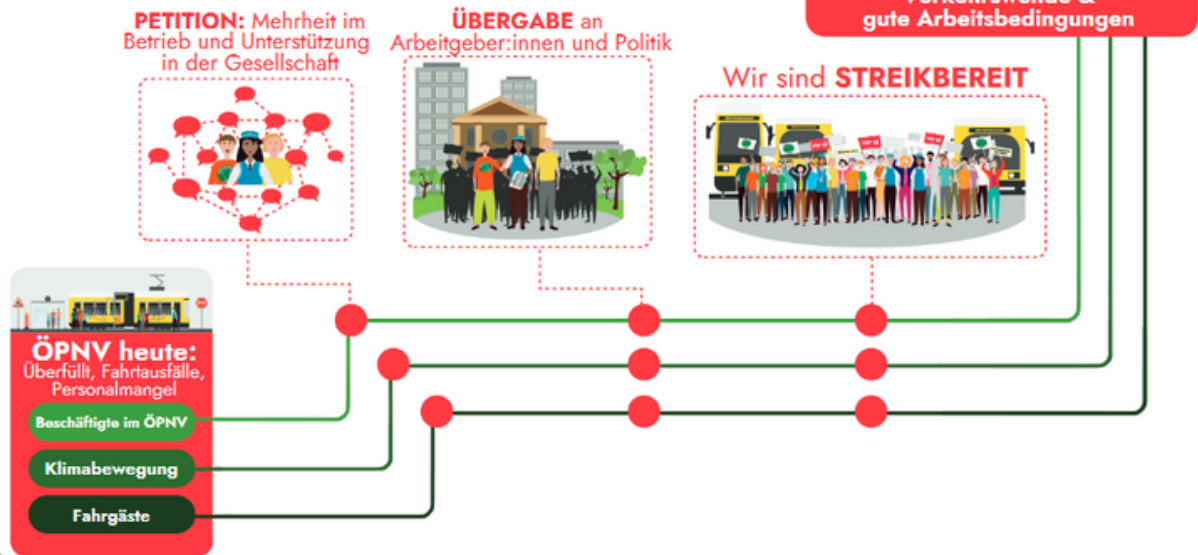


Bild: ver.di

Im Oktober 2023 haben sich, wie in vielen anderen Städten in ganz Deutschland, auch in Lüneburg die ver.di und die Fridays for Future-Ortgruppe unter dem Motto „Wir fahren zusammen“ zusammengetan. Denn dass auch der ÖPNV in Niedersachsen vor vielen Herausforderungen steht, dürfte den meisten Lüneburger*innen bekannt sein. Lange Wartezeiten, überfüllte Busse, Fahrtausfälle und ein schlecht ausgebautes Streckennetz führen dazu, dass die Mobilität in der Region stark eingeschränkt ist. Ein großer Teil des Problems ist der Fachkräftemangel, der sich auch im ÖPNV ausbreitet.

Um dieses Problem zu beheben, ist es unerlässlich, dass der anstrengende und gesellschaftlich äußerst relevante Beruf des Busfahrers wieder

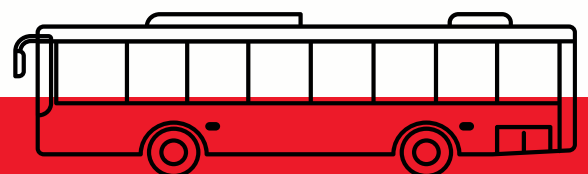
angemessen wertgeschätzt wird. Das erste und wichtigste Zeichen dieser Wertschätzung ist ein Lohn, von dem Busfahrer*innen auch wirklich gut leben können. Aktuell liegt der Stundenlohn für einen bei der Lüneburger KVG angestellten Busfahrer bei rund 17 Euro. Was zunächst nach einem soliden Verdienst klingt, ist jedoch in Wirklichkeit viel zu wenig für einen Job, der mit einer enorm hohen und oftmals unterschätzten Verantwortung für viele Menschen verbunden ist.

Denn die Busfahrer*innen der KVG tragen die alleinige Verantwortung für den Bus, den sie fahren. Kommt es also zu einem Unfall, müssen Busfahrer*innen zusätzlich zu der ohnehin schon hohen psychischen Belastung auch noch mit im

Zweifelsfalle hohen Kosten fertig werden. Außerdem berichten Busfahrer*innen von einer stetig wachsenden Zahl unfreundlicher und respektloser Fahrgäste und von herausfordernden Schichtdiensten und Arbeitszeiten. Die Situation aller Busfahrer*innen in Lüneburg und in der Region zu verbessern und so sicherzustellen, dass alle Menschen mobil sein und bleiben können, ist das Ziel unserer Kampagne. Durch Streiks, Podiumsdiskussionen und Unterschriftenaktionen möchten wir auf dieses die gesamte Gesellschaft betreffende Problem aufmerksam machen. Wir fordern bessere Arbeitsbedingungen und einen günstigen und starken ÖPNV.

DGB Jugend Lüneburg

Info: wir-fahren-zusammen.de



Bildungswende jetzt!

Bildung ist ein heißes Thema. Und das schon seit vielen, vielen Jahren. Glauben wir die KMK und die Bundesregierung haben sich auf den Weg gemacht und das Thema Digitalisierung, Übergang Schule/Beruf oder viele andere Problemstellen im deutschen Bildungssystem anzugehen? Naja, wenn dann könnten wir den Versuch erkennen. Leider ist es immer noch so, dass Bildung sehr vom Elternhaus abhängig ist. Zudem haben wir bei weitem die Probleme durch die Pandemie unterschätzt und stehen wieder vor schlechten Pisa-Ergebnissen. All das macht die Familien, Eltern wie auch die Kinder wütend.

Die Kampagne "Bildungswende" gibt den Menschen ein Sprachrohr. Gewerkschaften wie die GEW oder ver.di sind gleichermaßen im Kampf für eine bessere Bildungslandschaft beteiligt wie Schüler*innen, Elternräte und Vertretungen von Kitas. Die Forderungen waren am Aktionstag im letzten Jahr an vielen Orten in ganz Deutschland wie auch in unserer Region bei den Demonstrationen am 23. September zu hören. Mit vier konkreten Forderungen geht es an die Politik.



Foto: DGB

1. Schule und Kita INKLUSIV und ZUKUNTSFÄHIG machen!

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) wirkungsvoll als verbindlichen Lerninhalt verankern.

Die Lehrpläne und Lerninhalte überarbeiten, um Freiräume für die intellektuelle, emotionale und soziale Entwicklung der Schülerinnen und Schüler zu schaffen und Bildungsqualität zu erhöhen. Eine alternative Leistungsbewertung ermöglichen, statt zu viele Vergleichsarbeiten durchzuführen. Die Schulentwicklung müssen wir gemeinsam und nachhaltig gestalten. Wir brauchen multiprofessionelle Teams als festen Bestandteil in allen Schulen.

2. AUSBILDUNGSOFFENSIVE für Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher!

Es braucht einen Staatsvertrag für die Lehrkräftebildung, der alle Bundesländer dazu verpflichtet, genügend Lehrkräfte auszubilden und die Studienabschlüsse anerkennt.

Die Verzahnung des Lehramtstudiums mit der Praxis und Schaffung neuer Wege ins Lehramt. Genauso braucht es bundesweite Standards, wie die Ausbildung von ausreichend und gut qualifizierten Erzieherinnen und Erziehern bei attraktiven Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen sichergestellt werden kann.

3. SONDERVERMÖGEN Bildung und ausreichende Finanzierung!

Einrichtung eines Sondervermögens Bildung in Höhe von mindestens 100 Mrd. Euro für die notwendigen Investitionen in Kita und Schule und mindestens 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) jährlich für Bildung und Forschung.

4. Echter BILDUNGSGIPFEL auf Augenhöhe!

Dirk Garvels /DGB

bildungswende-jetzt.de



On-Demand-Verkehr im Landkreis Lüchow-Dannenberg

Nur mit Tarifvertrag & in öffentlicher Hand!

Die Bedürfnisse in der Gesellschaft verändern sich, jedoch auch das Bewusstsein klimaschonender mobil zu sein. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg will den öffentlichen Nahverkehr breiter und flexibler gestalten. Dabei spielt der On-Demand-Verkehr eine bedeutende Rolle.

Als Gewerkschaft, die die Interessen der Beschäftigten im Verkehrssektor, allen voran der LSE vertritt, stehen wir vor der Aufgabe, sicherzustellen, dass diese Veränderungen im Sinne der Arbeitnehmer*innen erfolgen. Der On-Demand-Verkehr bietet die Chance, den Zugang zu Mobilität in der ländlichen Region zu verbessern. Jedoch dürfen wir nicht vergessen, dass eine solche Umstellung Auswirkungen auf die Beschäftigten haben kann. Das sehen wir bereits bei den Bestrebungen des Landkreises, die entgegen des Personenbeförderungsgesetzes wohl ohne Beteiligung der Gewerkschaften und Kammern erfolgen könnte. Dies werden wir jedoch deutlich einfordern. Es gilt die Sicherstellung angemessener Arbeitsbedingungen und fairer Entlohnung für diejenigen, die im On-Demand-Verkehrssektor tätig sind. Das gelingt nur mit Tarifvertrag. Deswegen sind die On-Demand-Verkehre vom Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetz erfasst und somit unterfallen alle Entgeltbestandteile dem Tarifvertrag.

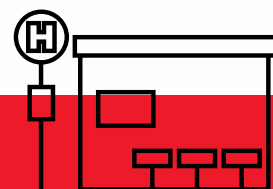


Heiko Groppe (ver.di) im Einsatz für gute Arbeitsbedingungen im ÖPNV. Foto: DGB

Es muss deutlich werden, dass der Übergang zum On-Demand-Verkehr nicht zu einem Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Nahverkehr führt.

Von entscheidender Bedeutung ist, dass der On-Demand-Verkehr als Ergänzung zum bestehenden ÖPNV betrachtet wird und nicht als Ersatz. Traditionelle Bus- und Zugverbindungen dürfen nicht vernachlässigt werden. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung der Mobilität für alle in unserer Gemeinschaft.

Insgesamt bietet der On-Demand-Verkehr im Landkreis Lüchow-Dannenberg eine Chance, den ÖPNV zu verbessern und die Mobilität für alle Bürger*innen zu erleichtern. Als Gewerkschaft ist es unsere Verantwortung sicherzustellen, dass diese Veränderungen im Einklang mit den Interessen und Bedürfnissen der Beschäftigten erfolgen, die Betriebe tarifgebunden sind und die geltenden Normen eingehalten werden.
Heiko Groppe/ver.di



Mein Engagement im DGB



Foto: Nina Aßmus

Nina Aßmus engagiert sich seit vielen Jahren in ihrer Gewerkschaft, der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) und beim DGB-Kreisverband in Celle. Wir wollten wissen, was sie dazu bewegt, sich zu engagieren. Hierzu habe ich Nina in einem Gespräch befragt.

DG: Nina, du bist Mutter und lebst mit deiner Familie in Celle. Hast du nicht genug zu tun?

Nina: Ich arbeite als Lehrerin an einem Gymnasium und bin aktive Schulpersonalrätin. Und, klar, Familie und Beruf lasten mich schon gut aus. Aber das Engagement in der Gewerkschaftsarbeit gibt mir auch viel.

DG: Und warum bei GEW und DGB?

Nina: Die GEW unterstützte die Proteste gegen die Bologna-Reformen. Als Studentin war das für mich damals sehr wichtig. In den Betrieben bieten GEW und ver.di den Kolleg*innen Unterstützung für alle Beschäftigten im Bildungsbereich. Politisch fordert der DGB schon lange notwendige Reformen und unterstützt zuletzt auch die Kampagne „#Bildungswende jetzt!“ Ganz konkret kam ich eher zufällig in den GEW-Kreisverband, lernte aber schnell die gute Vernetzung und den regen Austausch unter Kolleg*innen vor Ort schätzen.

Aktuell bin ich Vorsitzende des GEW-Kreisverbandes. Ein schönes Amt.

DG: Wo siehst du den Gewinn und Wert deines Engagements?

Nina: Im DGB engagiere ich mich vor Ort für frauenpolitische Themen. Zusammen mit anderen Gruppen wie „Gemeinsam Kämpfen“ rufen wir zu Kundgebungen zum Internationalen Frauentag und zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen auf. Auch bei Aktionen gegen Rechts zeige ich gerne aktiv die GEW-Flagge. Ein gesellschaftspolitisches Statement über den beruflichen Teller hinaus, gegen Rassismus, Hass und Hetze – für Offenheit, Vielfalt und Frieden. Das ist mir sehr wichtig.

DG: Was wünschst du dir für die Zukunft in Bezug auf dein politisches Engagement?

Nina: „Solidarisch ist man nicht allein!“ – so lautet ein altes Motto zum 1. Mai 2023. Ich wünsche mir, dass wir alle wieder etwas mehr als nur uns selbst in den Blick nehmen, um gemeinsam etwas zu erreichen.

Interview: Dirk Garvels/DGB

Du bist gewerkschaftlich organisiert und hast Interesse an der Mitarbeit im DGB? Einfach melden unter: lueneburg@dgb.de



Foto: Nina Aßmus



EINTRETEN FÜR DIE
#TARIFWENDE

DGB

MEHR LOHN FREIZEIT SICHERHEIT

Sei dabei am Tag der Arbeit!

mit
Live-Musik
Street-food
Kinder-FUN
Infoständen
und mehr



Uelzen

11:00 Uhr Mai-Kundgebung Herzogenplatz
Mairredner: Kai Schwabe, IG BAU



Celle

10:30 Uhr Demo ab Arno-Schmidt-Platz
11:00 Uhr Mai-Kundgebung auf der Stechbahn
Mairredner: Mehrdad Payandeh, DGB



Lüchow

10:00 Uhr Demo ab Bergstraße (Hotel Deutsche Eiche)
11:00 Uhr Mai-Kundgebung Marktplatz
Mairredner: Christoph Peters, AuL, Nds. Wasserstoff-Netzwerk



Lüneburg

10:00 Uhr Demo ab Theater
11:00 Uhr Mai-Kundgebung Lambertiplatz
Mairredner: Lars Niggemeier, DGB



Soltau

9:00 Uhr Gedenken an Nazi-Überfall am 2.Mai 1933 auf das
damalige Arbeiter*innen "Volkshaus" im Hagen.
9:30 Uhr Maikundgebung im Hagen



SCAN ME



DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND - NORDOSTNIEDERSACHSEN.DGB.DE

V.i.S.d.P. DGB Region Nord-Ost-Niedersachsen - Heiligengeiststraße 28 - 21335 Lüneburg